

" 2403 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1220 J

1977 -06- 02

A N F R A G E

der Abgeordneten Dkfm. GORTON, SUPPAN, AMTMANN
und Genossen
an den Bundeskanzler
betreffend Aussage im "Profil" über Urlaubskosten in Kärnten

In der Wochenzeitschrift "Profil" vom 1. Juni 1977 wird auf den Seiten 20 und 21 von Helmut Voska ein Artikel über ein Interview mit Bundeskanzler Kreisky auf Mallorca veröffentlicht, der mit der Feststellung endet, daß ein Urlaub des Bundeskanzlers im heimatlichen Kärnten nicht mehr in Frage käme. Ein Grund dafür wäre, daß der Bundeskanzler dort nicht zur Ruhe kommen könne ("da ist immer was los") und zu einem zweiten Grund äußerte sich der Bundeskanzler wörtlich: "Kärnten is ma vül zu teuer. Des kan i ma net leisten".

Diese Aussage des Bundeskanzlers im Ausland hat in Kärnten eine Welle der Empörung hervorgerufen, die auch in der Tagespresse Kärntens ihren Niederschlag findet.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e:

- 1.) Auf welche Angebote der Kärntner Fremdenverkehrswirtschaft begründen Sie Ihre Aussage, daß sich ein österreichischer Bundeskanzler einen Urlaub in Kärnten nicht leisten könne, da Kärnten viel zu teuer sei?

- 2.) Sind Sie der Meinung, daß ein Sommerurlaub in Kärnten teurer sei als ein Winterurlaub am Arlberg, den Sie dort alljährlich verbringen?
- 3.) Sind Sie bereit, Ihre diskriminierende Aussage zurückzunehmen und der Kärntner Fremdenverkehrswirtschaft Ihr Bedauern über diese Äußerung zum Ausdruck zu bringen?
- 4.) Sind Sie sich der Tatsache bewußt, daß durch die Währungspolitik der Bundesregierung die österreichische Fremdenverkehrswirtschaft gegenüber den südlichen Konkurrenzstaaten einen großen Wettbewerbsnachteil erleidet?
- 5.) Welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um der österreichischen Fremdenverkehrswirtschaft den währungspolitischen Wettbewerbsnachteil gegenüber den Konkurrenzstaaten zu erleichtern und damit auch eine Verbesserung der katastrophalen österreichischen Zahlungsbilanzentwicklung einzuleiten?